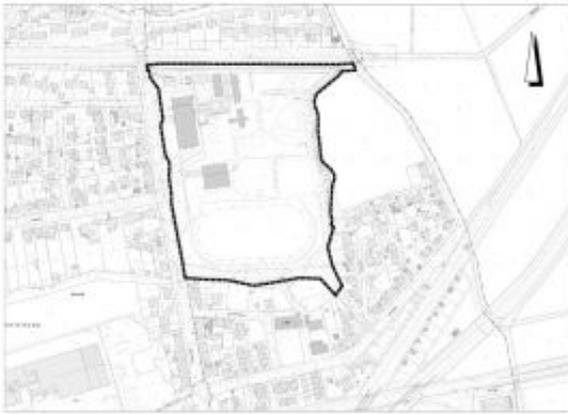


Marienviertel

25.11.2023 13:19 von Martina Jansen (Kommentare: 0)

Marienviertel



Notunterkunft Bismarckstraße weicht dem Bebauungsplan, Einrichtung läuft zum Ende des Frühjahres 2024 aus.

Die Notunterkunft des Landes an der Bismarckstraße wird zum Ende des Frühjahres 2024 auslaufen. „Im zweiten Halbjahr 2024 soll der Bebauungsplan für die Fläche der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule im Marienviertel zur Beschlussfassung eingebracht werden“, berichtet der Technische Beigeordnete Holger Lohse. Auch wenn danach nicht sofort Bagger rollen können, sondern noch Erschließungspläne finalisiert und umgesetzt werden müssen sowie die Fläche vermarktet werden muss, wird für die Notunterkunft für Flüchtlinge auf dem ehemaligen Sportplatz spätestens am 30. Juni 2024 der letzte Betriebstag sein.

Bei einer Anwohnerinformation im April 2023 wurde der 31. März 2024 in den Blick genommen, aber dort bereits betont, dass das Auslaufen bis zu drei Monate in Anspruch nehmen könne. Bezirksregierung Münster und Stadt Dorsten haben sich nun vertraglich auf den 30. Juni 2024 als letzten Betriebstag geeignet. Danach werden die Zelthallen noch zurückgebaut. Der Stadt Dorsten und der Bezirksregierung Münster ist auch in Abstimmung mit der Initiative Zukunft Marienviertel (IZM) diese gemeinsame Klarstellung wichtig, da es Gerüchte gab, die Notunterkunft werde unbefristet weiter betrieben.

Die Bezirksregierung hat noch einmal bekräftigt, dass die Betreuung der schutzsuchenden Menschen durch den Malteser Hilfsdienst (MHD) und auch das Umfeldmanagement bis zum letzten Betriebstag in vollem Umfang erhalten bleiben. Die Stadt Dorsten und die Bezirksregierung Münster werden diese Regelungen noch einmal in einer Zusatzvereinbarung zum bestehenden Vertrag bekräftigen.

Regierungspräsident Andreas Bothe dankt den Menschen im Quartier für das konstruktive Miteinander und in Dorsten für das konstruktive Miteinander der inzwischen rund eineinhalb Jahre Betriebszeit. „Uns allen ist natürlich bewusst, dass eine solche Notunterkunft, in der in der Spitzenzeit fast tausend Menschen

auf engem Raum ein Obdach gefunden haben, immer auch eine deutliche Belastung für ein Quartier ist. Gemeinsam haben wir aber für die vielfältigen Herausforderungen immer Lösungen gefunden.“

Bürgermeister Tobias Stockhoff betont, dass Bezirksregierung und Stadt bei diesem Thema immer Partner auf Augenhöhe waren. „Die Bezirksregierung hat es sich nicht leicht gemacht. Sie hat die Bürgerinnen und Bürger und auch die Stadtverwaltung ernst genommen, hat auf Hinweise zeitnah reagiert. Besonders beeindruckt hat mich, wie viele Menschen aus der direkten Nachbarschaft sich auch helfend und ehrenamtlich für die Unterstützung der Flüchtlinge engagiert haben – obwohl auch Kritik an der Flüchtlingspolitik des Bundes geübt wurde. In Dorsten haben wir gespürt: Allen ist bewusst, dass eine solche Notunterkunft kein abstraktes Thema ist, sondern dass es hier vor allem um Menschen geht, die unserer Hilfe bedürfen.“

Die Bezirksregierung will nach dem Betriebsende der Unterkunft die Nachbarschaft zu einem kleinen „Dankeschön-Fest“ mit der Möglichkeit zur Besichtigung der Zelte einladen.

Spätestens nach dem Jahreswechsel plant die Verwaltung, den Aufstellungsbeschluss sowie den Beschluss zur ersten formalen Bürgerbeteiligung für das neue Baugebiet in den Umwelt- und Planungsausschuss einzubringen. „Darüber hinaus wollen wir uns parallel mit der IZM zusammensetzen, um Kriterien für die Vergabe der Flächen zu entwickeln. Auch das Thema nachhaltige Wärmeversorgung werden wir dabei besprechen“, kündigt Stadtbaurat Holger Lohse an.

Für aktuelle Fragen rund um oder zum Marienviertel bietet Bürgermeister Tobias Stockhoff noch im November einen Bürgermeister-vor-Ort-Termin an am Dienstag, 28. November, um 16.30 Uhr in der Caritas-Altenpflegeschule, Bismarckstraße 104.

Foto oben rechts: Die Fläche der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Realschule, deren Folgenutzung nach Auslaufen der Notunterkunft mit einem Bebauungsplan entwickelt werden soll

Text und Foto: Stadt Dorsten